

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Begrüßung

seien Sie herzlich willkommen. Ich grüße den BdK mit seinem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Albishausen die Freunde des Beamtenbundes Mülheim und die Vertreter der Medien.

Ein besonderer Gruß gilt den Kolleginnen und Kollegen aus den benachbarten Bezirksgruppen. Es ist nicht selbstverständlich, so kurzfristig und dann noch in den Osterferien zu einer Demonstration zu erscheinen.

Aber besondere Umstände bedürfen besonderer Taten.

Verrat

Der Verrat ist diesen vorösterlichen Tagen nicht wesensfremd. Heute geht es aber nicht um 30 Silberlinge, sondern um die Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Staatsdiener in NRW durch einen massiven Wortbruch der Ministerpräsidentin.

Deshalb haben wir uns heute versammelt.

Wir sagen: Wider den Wortbruch – keine Nullrunden für Beamte und Richter.

2011

Noch im Jahre 2011 versicherte die damalige Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung dem Vorsitzenden des DBB NRW, Guntermann, schriftlich, dass es keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenbesoldung mehr geben werde. Dieser Satz war eindeutig. Dieser Satz war klar und alle haben ihn verstanden.

Heute Nacht – und Nebelaktion

Und was gilt heute?

In einer Nacht- und Nebelaktion hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft handstreichartig das einseitige Gestaltungsrecht der Regierung und des Parlaments missbraucht, die Fürsorgepflicht, die Alimentationspflicht und das Abstandgebot ausgehebelt und den Beamten und Richtern in NRW zwei Nullrunden oktroyiert.

liebe Kolleginnen und Kollegen!

KRAFTvoll anGELOGEN

Da wurden wir KRAFTvoll anGELOGEN,

Offensichtlich heißt die Devise der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern.

Aber in Zeiten des Internets haben Lügen bekanntlich besonders kurze Beine.

Und: Es ermöglicht dem Bürger, einen Blick in die Rede- und Wortbeiträge der Politiker und die die von Ihnen gestellten Anträge im Parlament zu werfen.

Zitat Kraft 2009:

Ich zitiere Frau Kraft :

„Ministerpräsident Rüttgers hat den Beamtinnen und Beamten des Landes versprochen: 1:1 wird Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluss für die Beamten übernehmen. Davon ist kurze Zeit später keine Rede mehr gewesen. Das war Vertrauensbruch. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Politik der Sonderopfer im öffentlichen Dienst fortgesetzt.“

Frau Kraft u. A. 17.12.2009

Eilantrag 2009

In einem Eilantrag heißt es unter dem 16.3.2009 – also vor genau 4 Jahren:

„Gebrochene Versprechen und mißbrauchtes Vertrauen sind zu Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung geworden. Der Öffentliche Dienst soll wieder Leidtragender sein.“

Unterschrieben wurde dieser Antrag von Hannelore Kraft.

Man könnte mit uns reden

Um es vorweg zu sagen: Beamte und Richter sind keine Unmenschen. Möglicherweise hätten wir uns erneut einem Sonderopfer unterzogen, um dabei zu helfen, den Haushalt zu sanieren. Aber dann muss man mit uns sprechen. Nur dem Sprechenden kann geholfen werden. Und vor allem darf es nicht wieder nur bei uns hängen bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Sonderopfer der Vergangenheit

Schon in den letzten Jahrzehnten haben die Beamten und Richter immer wieder Sonderopfer gebracht, um die Verfehlungen der Politiker aller Parteien zu mildern. Wir verzichten auf das Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld wurde zunächst eingefroren, dann massiv gekürzt. Oder denken Sie an die Kostendämpfungspauschale, die eine Nettolohnkürzung darstellt.

Dauernde Überlast

Wir wollen auch die dauernde Überlast an Arbeit für die Richter und Staatsanwälte nicht vergessen. Dem Lynd fehlen 500 Richter und 200 Staatsanwälte.

Ausgerechnet die, die ständig überobligatorische Leistungen erbringen, werden nun als Sparschweine mißbraucht. Weil wir nicht streiken dürfen.

Pensionslast – Versagen der Politik

Und ich kann auch das Gerede von den Pensionslasten des Landes nicht mehr hören. Dabei handelt es sich doch nicht um illegale Bereicherung, sondern um die Ansprüche, die sich die Kolleginnen und Kollegen durch jahrzehntelange harte Anstrengung erarbeitet haben.

Und dass diejenigen, die es nicht geschafft haben, in guten Zeiten Rücklagen für die Beamten und Richter zu bilden, uns heute die Pensionslast vorwerfen, ist eine Frechheit, die wir uns nicht länger gefallen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen nicht

dauerhaft für die Fehler der Landesregierungen in den letzten Jahrzehnten in die Haftung genommen werden.

Minusrunde statt Nullrunden trotz höchster Steuereinnahmen

Und hier geht es nicht darum, dass wir uns beklagen, dass wir nicht mehr bekommen werden, hier geht es darum, dass uns unter Berücksichtigung der Teuerungsraten die Gehälter in den nächsten zwei Jahren gekürzt werden! Und das in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen so hoch sind, wie niemals zuvor.

Totschlagsargument Unkündbarkeit

Und wenn gar nichts mehr geht, kommt das Totschlagsargument der Unkündbarkeit.

Das können wir schon lange nicht mehr hören. Die Unkündbarkeit ist keine Gnade der Politik, der wir dafür ständig mit neuen Einsparungen und Sonderopfern danken müssen. Sie ist eine der Grundlagen für die unabhängige und unparteiische Arbeit der Kolleginnen und Kollegen. Wollen wir wirklich Richter, die wegen einer unliebsamen Entscheidung entlassen werden können??

Starke Schultern – die Diätenerhöhung des letzten Jahres

Doch zurück zum Wortbruch der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Starke Schultern können mehr schultern als schwache, sagte sie. Die Regierung wolle daher jetzt auf eine Erhöhung ihrer Bezüge verzichten! Eine großzügige Geste, nachdem im vergangenen Jahr, in dem die Situation keinen Deut anders war als heute, die Diäten der Landtagsabgeordneten um monatlich 500 Euro erhöht wurden. Die haben alle Regierungsmitglieder, die auch Abgeordnete sind, mit links mal eben mitgenommen. Das ist Heuchelei!

Wir stünden hier heute nicht, bekämen wir auch monatlich 500 Euro mehr.

Lebenshaltung – Diätenhöhe – Einstiegsgehalt

Die Strom- und Gaskosten, die allgemeinen Lebenshaltungskosten und vieles mehr steigen nicht nur für die Landtagsabgeordneten!

Nur ein kurzer Vergleich:

Nach der Erhöhung der Diäten erhalten die Landtagsabgeordneten rund 10.700 € monatlich. Ein junger Richter bzw. Staatsanwalt steigt heute nach 6 – 8 Jahren Studium und Ausbildung mit knapp 2.500€ ins Berufsleben ein. Das zeigt : die erste Staatsgewalt sitzt an den Fleischtopfen, während die dritte Staatsgewalt abgehängt wird.

Der Wortbruch - beispiellos

„Gebrochene Versprechen und missbrauchtes Vertrauen sind zu Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung geworden.“ hat sie gesagt und sie hat Recht! Aber es ist ihre Regierung, Frau Kraft, auf die dieser Satz heute zutrifft.

Dieser dreiste Wortbruch der Ministerpräsidentin und Mülheimer Landtagsabgeordneten Hannelore Kraft ist wirklich beispiellos in der Geschichte unseres Landes.

Niemand hat die Absicht...

Wir planen keine weiteren Einschnitte in die Beamtenbesoldung hört sich fast so an wie „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.“ Wir alle wissen – es kam anders!

Frau Kraft hat es doch 2009 bereits geschrieben „Der öffentliche Dienst soll wieder Leidtragender sein.“ Heute wissen wir : Das ist das Programm dieser Regierung!

Erschütterung des Vertrauens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Wortbruch erschüttert fundamental das Vertrauen in die demokratischen Einrichtungen. Frau Kraft redet von Gerechtigkeit, obwohl sie offensichtlich nichts davon versteht.

Wer einmal lügt...

Wir alle kennen den Spruch: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...

Wer soll deshalb der Ankündigung, weitere Einschränkungen beim Weihnachtsgeld, dem Urlaub und den Pensionen seien nicht geplant, noch Glauben schenken.

Kein Aussitzen – wir bleiben dran

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn die Ministerpräsidentin meint, den Sturm der Entrüstung aussitzen zu können, dann wird sie sich irren. Heute ist der Auftakt einer Vielzahl von Aktionen und Maßnahmen des DRB und der befreundeten Verbände. Wir werden nicht ruhen. Wir gehen gemeinsam auf die Straßen, wir ziehen von Marktplatz zu Marktplatz, von Mülheim bis nach Düsseldorf im ganzen Land. Wir bleiben nicht mehr ruhig. Es ist Zeit zum Handeln.

Diese Landesregierung kann sich trotz der momentanen Kälte auf ein heißes Frühjahr gefasst machen.

Und dann vor dem Wahlkreisbüro:

Wir haben heute hier ein Ei mitgebracht. Es symbolisiert das Ei, dass uns die Wortbrecherin Hannelore Kraft mit ihrer Landesregierung ins Nest gelegt hat.

Sehen Sie es sich an:

Es steht geschrieben: SPD-NRW:

Außen gerecht

Aber wenn wir es öffnen: leer

Eine Hülle ohne Inhalt. Dieses faule Ei wollen wir der Ministerpräsidentin heute zurückgeben. Mal sehen, ob es in Empfang genommen wird.